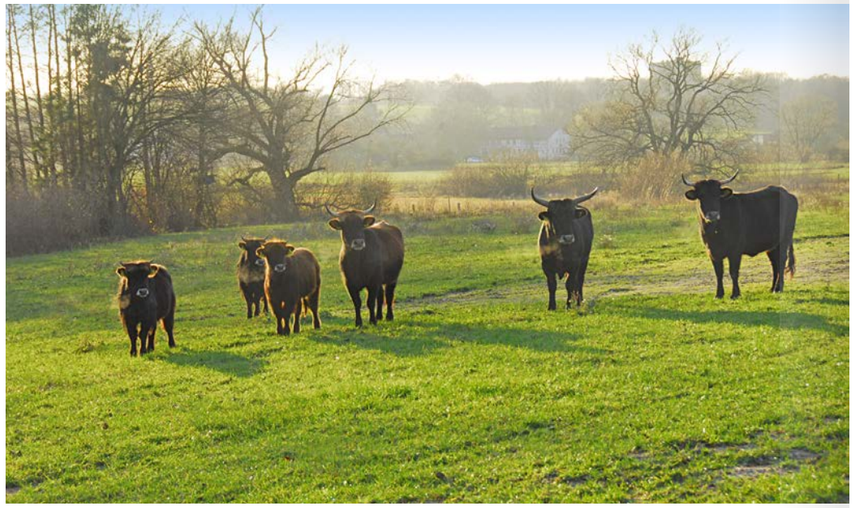
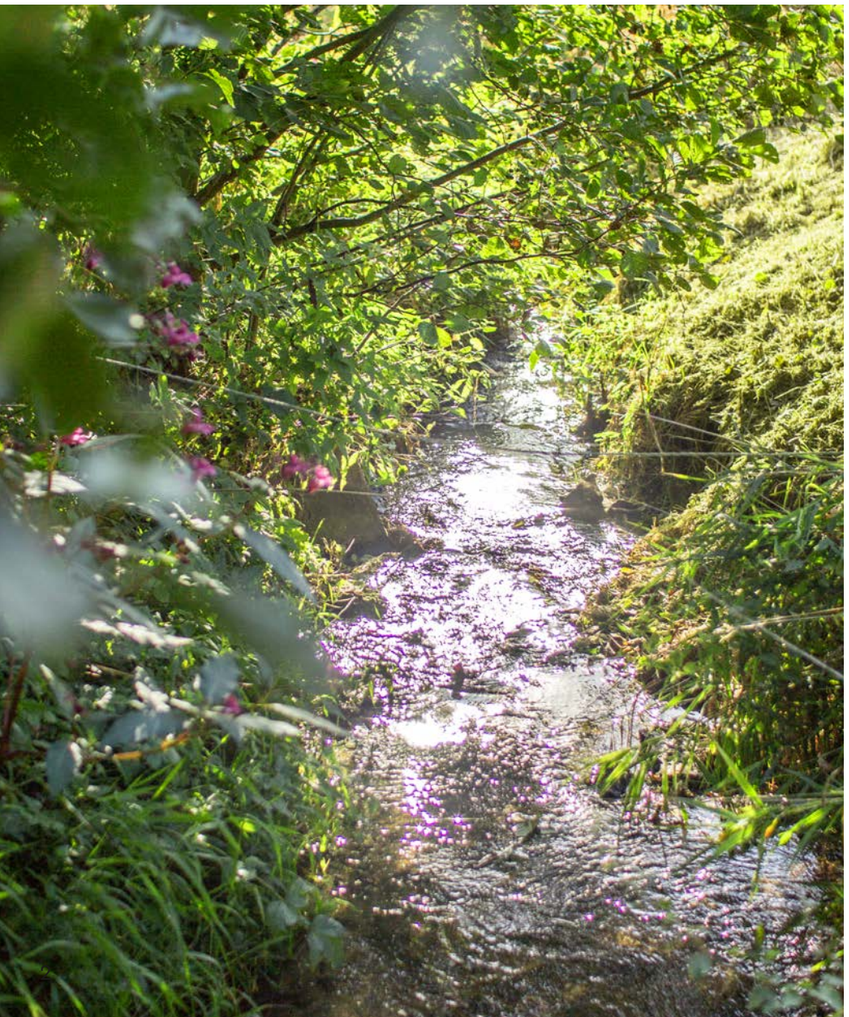
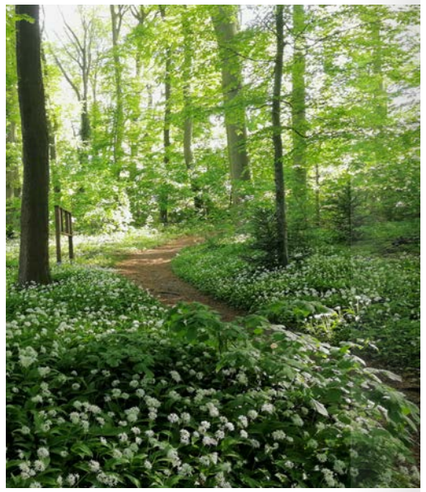
Stadt Bielefeld
Umweltamt
Aufgaben und Ergebnisse

www.bielefeld.de

WASSER BODEN LANDSCHAFT NATUR KLIMA LUFT LÄRM







Inhalt

4 **KAPITEL 01**
Wir fördern den Erholungs- und Freizeitwert der innerstädtischen Grünflächen und der ländlichen Kulturlandschaft

6 **KAPITEL 02**
Wir vermehren und gestalten die Grünflächen und Parks

8 **KAPITEL 03**
Wir schützen die Landschaft als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und sorgen für Ausgleich bei unvermeidbaren Eingriffen

10 **KAPITEL 04**
Wir helfen gefährdeten Tieren durch den Schutz ihrer Lebens- und Fortpflanzungsräume

12 **KAPITEL 05**
Wir gestalten die Gewässer und verbessern ihren ökologischen Zustand

14 **KAPITEL 06**
Wir bewirtschaften die Gewässer nachhaltig und schützen sie vor schädlichen Einleitungen

16 **KAPITEL 07**
Wir regeln die Nutzung des Grundwassers und überwachen die Qualität

18 **KAPITEL 08**
Wir sichern alte Deponien und führen belastete Gewerbestandorte einer neuen Nutzung zu

20 **KAPITEL 09**
Wir beraten und überwachen Betriebe nach den Vorgaben des Umweltrechts

22 **KAPITEL 10**
Wir beraten und helfen bei Umwelt- und Gesundheitsfragen

24 **KAPITEL 11**
Wir arbeiten für Lärmminderung und Luftreinhaltung

26 **KAPITEL 12**
Wir engagieren uns für die Umsetzung des Handlungsprogramms Klimaschutz

28 **KAPITEL 13**
Wir initiieren und unterstützen Netzwerke zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

30 **KAPITEL 14**
Wir kümmern uns um die Anpassung an den Klimawandel

KAPITEL 01

Wir fördern den Erholungs- und Freizeitwert der innerstädtischen Grünflächen und der ländlichen Kulturlandschaft

Etwa 650 km Wanderwege gibt es in Bielefeld

Bielefeld erstreckt sich über drei unterschiedliche Landschaften. Die Stadt wird vom Teutoburger Wald als Mittelgebirgszug mit Höhen bis zu 320 m über NN durchzogen. Das Ravensberger Hügelland im Norden ist überwiegend von Lehmböden geprägt. Im Süden schließt die sandige Senne mit feuchten und trockenen Gebieten an. Zahlreiche Bäche sind die Grundlage vernetzter Grünachsen in der ganzen Stadt, die durch Parkanlagen ergänzt werden. So kann die Hälfte der Bielefelder/-innen in weniger als fünf Gehminuten ins Grüne gelangen.

Dieses einzigartige Prädikat Bielefelds möchte das Umweltamt besonders herausstellen und bewerben, um die hier Lebenden, Neubürger/-innen und Tourist/-innen darauf aufmerksam zu machen. Zu diesem Zweck erscheint u. a. seit 2014 jeweils zu Ostern das Jahresmagazin „natur erleben". Es präsentiert das Bielefelder Grün als Ort für sportliche, familienfreundliche, kulturelle und naturnahe Aktivitäten. Zudem ist 2015 auf dem Johannisberg ein architektonisch prägnanter „Infopunkt" entstanden, den das Umweltamt mit Schautafeln und Broschüren über das Bielefelder Grün beschickt. Hierbei besteht eine gute Zusammenarbeit mit Bielefeld Marketing.
Mit weiteren Informationsbroschüren und -tafeln informiert das Umweltamt über naturkundliche und ökologische Themen der Stadt. Hier eine Auswahl:

- Am Obersee und in der Johannisbachaue wird Wissenswertes über den Landschaftsraum, seine Tier- und Pflanzenwelt, die „gestrandeten Findlinge" und über die dort grasenden Heckrinder vermittelt.
- Im Süden folgt der Lämmerweg dem Zug der 600-köpfigen Mutterschafherde der v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel. Das Umweltamt hat dazu 2014 eine Informationsbroschüre herausgebracht.
- In Dornberg wurde der Bergmannsweg in Kooperation mit dem Naturpark TERRA. vita, der Bezirksvertretung und weiteren Akteuren konzipiert und 2018 eröffnet.
- Der Naturlehrpfad Luttertal in Brackwede entstand bereits Ende der 1980er-Jahre. Er wurde über die Jahre weiterentwickelt und bekommt 2020 neue Informationstafeln.

Vier weitere erwähnenswerte Initiativen des Umweltamtes – überwiegend aus dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens – ‚seien genannt: eine Ton-Bild-CD über die grünen Paradiese der Stadt, ein Umweltmagazin für Kinder zum 10-jährigen Bestehen des Umweltamtes, die Broschüre „Kleine Bäume für kleine Gärten" mit 28 Vorschlägen und sechs Umwelttouren, die im Rahmen einer Exkursion mit Interessierten erwandert oder erradelt wurden.

→
Infopunkt Johannisberg
↓
Führung am Findlingsgarten in Brake

Die Verbesserung der Wegeinfrastruktur ist ein weiteres Aufgabengebiet des Umweltamtes:

- Nach der Änderung der landesrechtlichen Vorschriften wurden die Reitregelungen in Bielefelder Wäldern gelockert. Das Umweltamt koordiniert einen Arbeitskreis zur Auswertung der Erfahrungen.
- Für das abendliche Joggen und Nordic Walking wurden mit dem Sportamt die „Bielefelder Runden" konzipiert, 18 Strecken zwischen drei und zehn Kilometer Länge.
- 650 km Wanderwege werden analysiert, priorisiert und teilweise durch den Deutschen Wanderverband als Qualitätswege zertifiziert. Das Projekt, das sich auch auf andere Gemeinden erstreckt, heißt „Zukunftsfit Wandern".
- Das Mountainbiken im Teutoburger Wald abseits der Wander- und Wirtschaftswege ist wegen ökologischer Bedenken und der ablehnenden Haltung der Eigentümer/-innen ein strittiges Thema. Das Umweltamt richtete dazu 2018 einen runden Tisch ein. Ergebnisse werden Ende 2019 erwartet.

In der Großstadt Bielefeld entwickelt sich ein hoher Freizeitdruck auf alle Naherholungsgebiete,

der konfliktreich ist, wenn sich Menschen nicht an die Regeln halten. Für den Teutoburger Wald hat der Landesbetrieb Wald und Holz NRW 2019 erstmalig einen Ranger eingestellt. Das Umweltamt beteiligt sich finanziell und arbeitet an der inhaltlichen Ausrichtung der Ranger-Tätigkeiten mit.
Sorgen macht das Naherholungsgebiet Obersee. Die große Anzahl von Gänsen und Enten und die Unsitte, Brot und andere Backwaren zur Fütterung in die Grünanlagen und ins Wasser zu werfen, schädigen das ökologische Gleichgewicht. 2013 fand das Umweltamt eine Gruppe von fünf engagierten Menschen, die seither als sogenannte Seepaten viele Stunden opfern, um mit den Oberseebesucher/-innen ins Gespräch zu kommen. Die Situation hat sich seitdem verbessert. Im Naturschutzgebiet Ochsenheide mit seinen seltenen Pflanzen sind es u. a. einige Hundehalter/-innen, die das Gebiet als Freilauffläche nutzen und so für Trittschäden und Verkotung verantwortlich sind. Ab 2019 wird das Umweltamt eine Aufklärungskampagne starten.

Die Beispiele zeigen, dass ein hoher Erholungs- und Freizeitwert auch viel Anstrengung erfordert, die Landschaften zu bewahren und den Menschen die notwendigen Regeln zu vermitteln – eine nie endende Aufgabe.

KAPITEL 02

Wir vermehren und gestalten die Grünflächen und Parks

Das „Grüne Band" als innerstädtische Grünverbindung zwischen Stadtholz und Heeper Straße

Attraktive und gut erreichbare grüne Freiräume, die unterschiedlichste Bedürfnisse erfüllen, sind ein wesentliches Kennzeichen für eine lebenswerte Stadt. Gefragt sind Gelegenheiten für Sport, Spiel und Gärtnerei, aber auch Ruhe, Abkühlung an heißen Tagen und schöne Naturerlebnisse werden gesucht. Zudem sind die Freiräume als Orte der Begegnung wichtig. Grüne Areale tragen zur Orientierung und zur Identifikation mit der Stadt und dem jeweiligen Stadtteil bei. Sie sollen netzartig miteinander verbunden sein, damit man das Stadtgebiet über Rundwege durchwandern und viele Ziele im Grünen mit dem Rad oder zu Fuß erreichen kann. In Bielefeld verfügt das Grünsystem über diese Qualitäten, weil schon seit über 100 Jahren weitsichtig daran gearbeitet wird.

Heute stellt sich auch das Umweltamt dieser Aufgabe. Dabei gilt es, in Zeiten wachsender Nachfrage nach Flächen für die Siedlungsentwicklung auch die hinreichende Ausstattung mit Stadtgrün im Blick zu behalten. In Gesprächen und schriftlichen Stellungnahmen zur Aufstellung neuer Bebauungspläne wird darauf geachtet.

Wichtig ist dabei, dass die innerstädtischen Freiräume erhalten bleiben und aufgewertet werden sowie beim Neubau alle Möglichkeiten der Begrünung der Grundstücke genutzt werden.

Dies geschieht über Festsetzungen zur Begrenzung der Flächenversiegelung sowie zur Begrünung von Vorgärten, Hausfassaden und Dächern oder über die Verpflichtung zu Baumpflanzungen und zur Stellplatzbegrünung.

Auch eine ausreichende Spielplatzversorgung ist nachzuweisen. 2009 ist der Spielflächenbedarf erstmalig für die Gesamtstadt rechnerisch ermittelt und dargestellt worden. Umfangreiche Daten geben Auskunft über den Versorgungsgrad und die Qualität der Ausstattung. Bielefeld verfügt übrigens über fast 500 Spiel- und Bolzplätze, die vom Umweltbetrieb gebaut und gepflegt werden.

Während das Umweltamt im Rahmen der Planverfahren des Bauamtes und anderer Vorhabenträger vor allem Zuarbeit leistet, ist es in der Grünplanung auch **konzeptionell** tätig, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- In dem Konzept der **„Grünen Wege"** werden wichtige Fuß- und Radwege im Grünen und an begrünten Straßen erfasst und Wegenetz-Ergänzungen vorgeschlagen. Das Konzept wird laufend fortgeschrieben und überwiegend in Verbindung mit anderen Planungen und Maßnahmen anlassbezogen umgesetzt.
- Die auf dem **Johannisberg** gelegene historische Parkanlage von 1710 wurde 2008 auf Grundlage eines Parkpflegewerkes aus ihrem „Dornröschenschlaf" erweckt und zu einer attraktiven Parkanlage umgebaut. Dabei wurden die Blickbeziehungen vom Johannisberg zur Stadt und zur Sparrenburg verbessert.
- Nach dem Rahmenplan **„Grünes Band"** (2010) soll auf der nach damaligem Stand nicht mehr benötigten Trasse der B66 n ein Grünzug entwickelt werden. Die Planung wurde in Teilen mit städtebaulichen Fördermitteln umgesetzt (z. B. östlich der Hauptfeuerwache bis zum Luttergrünzug). Der Umsetzungsprozess wird in Abhängigkeit von verfügbaren Finanzmitteln fortgeführt.
- Für die **Johannisbachaue** wurde ein landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept erarbeitet (2016), das in kleinen Schritten umgesetzt wird. Es sind Maßnahmen zur Verbesserung der Erholungs- und Naturerfahrung vorgesehen. Daneben steht die Aufwertung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere im Zentrum der Bemühungen. Der letzte Schritt soll Mitte der 2020er-Jahre die Wiederherstellung eines fast historischen und ökologischen Verlaufs des Johannisbachs sein – eine Alternative zur Idee eines Untersees.
- Für den **Luttergrünzug** – eine wichtige Grünachse von der Innenstadt bis nach Heepen, an der ca. 36.000 Bielefelder/-innen wohnen – wurde 2017/2018 ein freiraumplanerisches Rahmenkonzept erstellt, das Vorschläge für die Sanierung und Umgestaltung des Grünzuges beinhaltet. Wichtig war dabei, die verschiedenen Bedürfnisse und Anforderungen (Erholungsnutzung, Gewässergestaltung, Hochwasserschutz an den Stauteichen, Radverkehr, Naturschutz etc.) in Einklang zu bringen. Die Maßnahmen zur Aufwertung des Grünzuges sollen nach und nach umgesetzt werden; als Erstes umzusetzende Maßnahmen sind die Teiloffenlegung der Lutter in der Ravensberger Straße mit dem Spielplatz an der Turnerstraße sowie die Ausweitung des Lutterparks an der Eisenbahnbrücke.
- Auf den integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten (INSEK) des Bauamtes aufbauend, befasst sich das Umweltamt mit der **Entwicklung des Freiraums in Sennestadt, Sieker** und 2019 auch in **Baumheide**.

In 2019 begann die Arbeit an dem freiraumplanerischen Rahmenkonzept für die Gesamtstadt. Diese Planung hält das Umweltamt angesichts des starken Bevölkerungswachstums und des damit verbundenen Flächenverbrauchs für sehr wichtig.

Winzer'scher Garten am Johannisberg

KAPITEL 03

Wir schützen die Landschaft als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und sorgen für Ausgleich bei unvermeidbaren Eingriffen

1

Bielefeld ist eine Großstadt im Grünen. Mehr als 20 % der Stadtfläche sind Wald und mehr als 33 % sind landwirtschaftliche Fläche. Die einzigartige Lage der OWL-Metropole inmitten dreier Landschaften ist die Grundlage für vielfältige Lebensräume. Die Siektäler im Norden, die Reiherbachaue im Süden, der Strothbachwald in Sennestadt, der Töpker Teich in Altenhagen oder das Schelphofgebiet sind nur einige Beispiele für die große Zahl an landschaftlichen Kleinodien, die Bielefeld zu bieten hat.

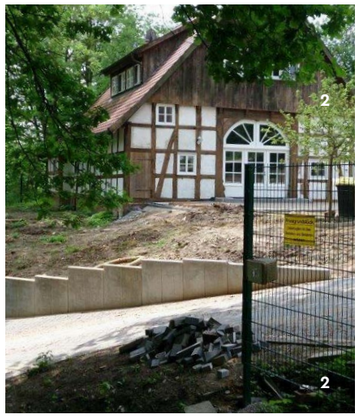
Zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft in Bielefeld wurden 1995 und 1999 drei Landschaftspläne aufgestellt. Sie sind für die Arbeit des Umweltamtes von zentraler Bedeutung, wenn es um Schutzgebiete, Entwicklungsziele oder Verbote geht. In den Jahren 2005 und 2014 wurden die Schutzgebiete Östlicher Teutoburger Wald (1.000 ha Flora-Fauna-Habitat-Gebiet) und Rieselfelder Windel (100 ha Naturschutzgebiet) nachträglich in die Landschaftspläne aufgenommen.

Das Bauverbot in Schutzgebieten ist wichtig für intakte Landschaftsräume. In einer expandierenden Großstadt sind regelmäßig Abwägungen erforderlich.

Angemessene Erweiterungen bestehender Gebäude ermöglicht die Untere Naturschutzbehörde im Umweltamt durch Ausnahmen und Befreiungen. Darüber hinaus spielen der Wegebau und der Leitungsbau, z. B. zum Breitbandausbau, eine wichtige Rolle. Pro Jahr sind etwa 450 entsprechende Fälle durch die Untere Naturschutzbehörde zu prüfen. Diese Prüfung erfolgt nach dem rechtlichen Prinzip, dass Eingriffe in Natur und Landschaft vermieden werden sollen. Wenn das nicht möglich oder zumutbar ist, sollen sie so klein wie möglich gehalten und durch sogenannte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kompensiert werden. Dies können beispielsweise Baumpflanzungen sein oder landwirtschaftliche Flächen, die nur noch extensiv bewirtschaftet werden dürfen. Alle Festsetzungen sind datentechnisch erfasst. Soweit ein Bebauungsplan aufgestellt wird, werden die Eingriffe im Bebauungsplanverfahren abschließend geregelt. 377 Ausgleichsflächen mit einer Gesamtfläche von 550 ha sind registriert. Einzelbäume und Hecken sind nicht mitgezählt.

In den Landschaftsplänen sind Maßnahmen festgesetzt, die im Einvernehmen mit den Grundeigentümer/-innen umgesetzt werden. So werden Hecken gepflegt, Kleingewässer entschlammt, seltene Pflanzenbestände gepflegt und vieles mehr.

1 Getreideanbau mit Blühstreifen
2 Baumaßnahme im Landschaftsschutzgebiet
3 Fundament einer Windkraftanlage
4 Naturdenkmal Platane am Niederwall


2

3

Ausführende sind beauftragte Firmen oder die Biologischen Stationen Gütersloh/Bielefeld und Kreis Paderborn – Senne. Die Expert/-innen der Biologischen Stationen kartieren in regelmäßigen Abständen z. B. die Vögel, Amphibien, Insekten und Pflanzen in den 38 Naturschutzgebieten. Sie erarbeiten fundierte Maßnahmenvorschläge und unterstützen das Umweltamt so in hervorragender Weise. Finanziell werden die Stationen vom Land und von den Kommunen getragen.

Als Naturdenkmäler sind in Bielefeld ca. 434 Bäume über die Landschaftspläne und etwa weitere 100 Bäume im bebauten Innenbereich über eine Satzung geschützt. Das Umweltamt hat die Aufgabe, durch ihre jährlichen Kontrollen die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und notwendige Pflegemaßnahmen zu beauftragen. Sehr bekannt ist z. B. die beeindruckende Gestalt der Friedenslinde an der Neustädter Marienkirche, die etwa 300 Jahre alt ist und einen Stammumfang von ca. 6,60 m aufweist. Die mächtige Platane am Niederwall hat einen Stammumfang von 5,47 m. Mit 37 m ist der Durchmesser ihrer Krone besonders imposant.

Die Landwirtschaft hat das Gesicht unserer Landschaft über Jahrhunderte entscheidend geprägt. Der heutige Druck, immer höhere Erträge zu niedrigen Kosten produzieren zu müssen, beeinträchtigt die biologische Vielfalt erheblich. Der sogenannte Vertragsnaturschutz bietet Landwirt/-innen eine finanzielle Förderung für eine naturschutzgerechte Bewirtschaftung. Das Umweltamt berät, wirbt Vereinbarungen ein und wickelt diese einschließlich einer Kontrolle gemeinsam mit dem Land NRW ab. Mit mehr als 100 Verträgen werden so auf ca. 500 ha Fläche die Voraussetzungen für eine artenreiche Flora und Fauna in unserer Kulturlandschaft geschaffen.

4

KAPITEL 04

Wir helfen gefährdeten Tieren durch den Schutz ihrer Lebens- und Fortpflanzungsräume

Die biologische Vielfalt geht weltweit extrem zurück. Untersuchungen in Deutschland belegen einen Rückgang der Biomasse bei den Insekten um 76 % – und das in nicht einmal 30 Jahren. Früher auch in Bielefeld verbreitete Vogelarten wie Bekassine, Grauammer, Kiebitz oder Feldlerche, allesamt Vögel der Feldflur, sind hier bereits verschwunden oder akut bedroht.

Die Stadt Bielefeld übernimmt für ihren Bereich Verantwortung. Die Zeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen", der Beitritt als Gründungsmitglied zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt" in 2012, die Teilnahme an einem bundesweiten Projekt für mehr biologische Vielfalt in öffentlichen Grünanlagen und die Erarbeitung einer kommunalen Biodiversitätsstrategie dokumentieren dies. Eine Stadt kann allein den oben beschriebenen Trend nicht umkehren. Aber sie kann Entwicklungen beeinflussen, auch in der Hoffnung, dass das Verantwortungsbewusstsein der Menschen wächst und in Zukunft wirkungsvollere Maßnahmen möglich werden. Mit den folgenden beispielhaften Maßnahmen möchte das Umweltamt den Schutz einiger ausgewählter Tierarten stärken: Alle heimischen **Fledermausarten** sind streng geschützt. Von den 19 in NRW nachgewiesenen Arten kommen 15 auch in Bielefeld vor. Ein zentraler Ort für den Fledermausschutz ist die Sparrenburg, welche als Fauna-Flora-Habitat-Gebiet seit 2000 europarechtlich geschützt ist. Insbesondere die Kasematten der Burg dienen Fledermäusen als ungestörtes Winterquartier. Mit der Aufstellung und Umsetzung eines Maßnahmenplans (2004) und der Prüfung der Aktivitäten auf der Burg sichert das Umweltamt die Qualität des Gebietes für die Fledermäuse. Auch weitere Quartiere untersucht, sichert und verbessert das Umweltamt regelmäßig. Dazu gehören z. B. alte Stollen und andere meist unterirdische Räume insbesondere in Gadderbaum und Sieker.

Wasserfledermaus im Winterquartier

Wie in den umgebenden Kreisen ist der **Kiebitzbestand** in Bielefeld auf ein historisch niedriges Niveau eingebrochen. Bestehende Lebensräume sollen mithilfe des Vertragsnaturschutzes erhalten und neue durch Ersatzflächen geschaffen werden. In einer Kooperation zwischen den Biologischen Stationen, der Landwirtschaft, dem

Weißstörche in der Johannisbachaue

Amphibienschutz wird in Bielefeld groß geschrieben

Umweltamt und seit 2018 auch der Stiftung Umwelt und Sport der Stadtwerke Bielefeld wird konkret versucht, die 14 verbliebenen Brutpaare und ihre Nester zu schützen, um damit den Bruterfolg zu erhöhen und den Bestand zu stabilisieren. Trotzdem stehen die Chancen für den Erhalt der Art in Bielefeld nicht gut.

Der Schutz der **Amphibien** genießt in Bielefeld einen hohen Stellenwert. Fünf Straßen werden gesperrt, wenn sich Frösche, Kröten & Co. auf der Wanderung zu ihren Laichgewässern und wieder zurück befinden. Darüber hinaus werden an den 22 wichtigsten Standorten – koordiniert durch das Umweltamt – Schutzzäune aufgebaut, um die Tiere vor dem Straßentod zu bewahren. Ohne die bis zu 80 ehrenamtlichen Helfer/-innen, die Jahr für Jahr mehr als 10.000 m Amphibienschutzzaun entlang der Bielefelder Straßen betreuen, würden viele Tausend Amphibien ein Opfer des Straßenverkehrs.

> **Daneben kümmert sich das Umweltamt um die Erhaltung und Verbesserung des Lebensraumes der Amphibien – einschließlich der Laichgewässer.**

Beispiele dafür sind die Neuanlage bzw. Sanierung von Gewässern wie der Teichanlage an der Waterböer (2014 bis 2017) und den Blänken in der Johannisbachaue (2013 und 2017) oder die Entschlammung von Kampeters Kolk als potenziellem Lebensraum für die Knoblauchkröte (2018).

Die Rückkehr des **Weißstorches** nach fast 100 Jahren hat ab 2017 für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Die Anlage von Kleingewässern und die Mahd von verbuschenden Grünlandflächen können helfen, die Tiere längerfristig in Bielefeld zu halten. In 2019 werden ca. zehn Jungstörche an drei Horststandorten flügge.

Der **Europäische Edelkrebs** ist durch die Krebspest und den ihn verdrängenden amerikanischen Verwandten stark gefährdet. In Bielefeld hat das Umweltamt mit Kooperationspartnern ab 2017 den Lebensraum eines Vorkommens am Hang des Teutoburger Waldes saniert. In den Obersee wurden 2012 und 2015 Tiere aus der Aabachtalsperre eingesetzt, u. a. mit dem Ziel, die Wasserqualität zu verbessern. Dass die Edelkrebse sich hier erfolgreich fortpflanzen, ist inzwischen nachgewiesen.

Darüber hinaus werden im Rahmen des Artenschutzes in Bielefeld u. a. besondere Maßnahmen für **Bienen, Wespen und Hummeln** sowie **Gebäudebrüter** wie z. B. Schwalben und Mauersegler durchgeführt. Das Umweltamt hofft, dass alle Aktionen einen Teil zum Erhalt der gefährdeten Tierarten beitragen können.

KAPITEL 05

Wir gestalten die Gewässer und verbessern ihren ökologischen Zustand

Oldentruper Bach

Ems-Lutter an der Mühle Niemöller

Quer durch das Bielefelder Stadtgebiet verläuft auf dem Kamm des Teutoburger Waldes eine sogenannte Wasserscheide. Auf der Südwestseite fließt der Regen als Grundwasser oder in Bächen in Richtung der Ems ab, auf der Nordostseite in Richtung der Weser. Am Fuß des Höhenzuges entstehen viele kleine Bäche, die Bielefeld durchfließen. In der Summe umfassen sie ein Netz von 580 km Länge. So etwas gibt es in keiner anderen deutschen Großstadt. Im Laufe der Jahrhunderte wurden viele Bäche allerdings kanalisiert, verrohrt, gestaut, bis an die Böschungskante landwirtschaftlich genutzt und für die Abwasserableitung verwendet.

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibt nach aktueller Gesetzeslage vor, dass die größeren Bäche (sog. berichtspflichtige Gewässer) bis 2027 einen chemisch und ökologisch guten Zustand erreicht haben sollen.

Die ökologische Durchgängigkeit der Gewässer ist ein wichtiges Teilziel.

Bei über 800 Einleitungen aus dem Kanalnetz sowie von Straßen und Klärwerken und einer Vielzahl von Stauwehren und Verrohrungen ist das für Bielefeld eine große Herausforderung. Die erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind in Bewirtschaftungsplänen festgelegt. Ihre Umsetzung betreibt das Umweltamt im Rahmen der vorhandenen Ressourcen mit großem Engagement.

Wie vielfältig die Gewässerbaumaßnahmen des Umweltamtes sind, zeigen die folgenden Beispiele aus den vergangenen 20 Jahren:

Im Bereich der Mühle Niemöller gelang es 2001 durch die Neuregelung des Wasserabflusses und die Schaffung eines Umgehungsgerinnes um den Mühlenteich herum, die Durchgängigkeit der **Ems-Lutter** für Fische und Kleinlebewesen wiederherzustellen, den schadlosen Hochwasserabfluss zu sichern und den funktionierenden Mühlenbetrieb für interessierte Besucher/-innen zu gewährleisten.

Der **Oldentruper Bach** wurde 2008 am Zusammenfluss mit dem Stieghorster Bach beim Sägewerk Bansmann auf 400 m Länge naturnah umgestaltet und der dortige Stauteich mit einem offenen Gerinne umgangen. So konnte auch für diesen Bereich die ökologische Durchgängigkeit wiederhergestellt werden. Am Oldentruper Bach folgten in jüngerer Vergangenheit weitere Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung der Gewässer.

Der **Johannisbach** ist ein weiteres Schwerpunktgewässer für Maßnahmen des Umweltamtes. In den letzten Jahren wurde er auf mehreren Teilstrecken gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie naturnah ausgebaut, die Gewässerstruktur wurde verbessert, eine eigendynamische Entwicklung zugelassen, der Eintrag von Sedimenten verhindert und durch die Anlage von Umgehungsgerinnen und die Beseitigung von Wehren und Sohlabstürzen die ökologische Längsdurchgängigkeit geschaffen. Die prominenteste Maßnahme war sicherlich 2009 die Führung des Johannisbaches als Bypass um den Obersee herum – nach einer vorherigen Entschlammung. 2013 wurde im Bereich der Stiftsmühle in Schildesche ein altes Wehr durch eine Umflut umgangen und der Johannisbach – einschließlich des Mündungsbereiches des Moorbaches – auf diese Weise ökologisch aufgewertet. Als jüngste Maßnahme konnte dem Johannisbach 2017 oberhalb der Einmündung des Krebsbaches in Dornberg Raum für eine naturnahe Eigenentwicklung gegeben werden.

Noch in 2019 beginnen Gewässerausbaumaßnahmen an der **Weser-Lutter** vom Stauteich III bis zur Eckendorfer Straße. Hier hat neben der ökologischen Aufwertung der Hochwasserschutz aufgrund von Überflutungsschäden in 2012 und 2013 einen hohen Stellenwert. Die Teiloffenlegung der Lutter in der Ravensberger Straße in 2020 hat sicherlich nur ein begrenztes ökologisches Potenzial, dient aber der Stadtgestaltung, der Identifikation mit dem Quartier und dem innerstädtischen Kleinklima.

Auch bei der Gewässerunterhaltung spielen heute – neben der Aufrechterhaltung des schadlosen Wasserabflusses – ökologische Aspekte eine entscheidende Rolle. Für diesen Zweck werden u. a. Pflege- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt, Rechen vor Verrohrungen freigeräumt sowie Abflusshindernisse, z. B. umgestürzte Bäume, aus den Bachläufen entfernt. Damit sind jährlich Kosten in Höhe von ca. 380.000 Euro verbunden, die dem Wohl der Bielefelder Gewässerlandschaft allerdings sehr zugutekommen.

Freistellung des Dammes zwischen Obersee und Johannisbach

KAPITEL 06

Wir bewirtschaften die Gewässer nachhaltig und schützen sie vor schädlichen Einleitungen

Einleitungen aus dem Kanalnetz sind Belastungen für die Gewässer

Auch Fußgängerbrücken sind genehmigungspflichtig

Alle oberirdischen Gewässer sind nach Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes so zu bewirtschaften, dass sich ihr ökologischer und chemischer Zustand nicht verschlechtert bzw. ein guter ökologischer und chemischer Zustand erreicht wird. In Bielefeld ist das Umweltamt als Untere Wasserbehörde dafür zuständig. Zu ihren Aufgaben gehört es, auf der Grundlage der entsprechenden Gesetze, Verordnungen und technischen Regelwerke z. B. über Einleitungen in Gewässer, bauliche Anlagen an Gewässern und das Bauen in Überschwemmungsbereichen zu entscheiden.

Schadstoffe gelangen auf unterschiedlichen Wegen in Gewässer, z. B. über punktuelle **Einleitungen** aus der Kanalisation oder über diffuse Quellen wie die Luft oder die Landbewirtschaftung. Die punktuellen Einleitungen, von denen etwa 2.000 existieren, sind Gegenstand wasserrechtlicher Verfahren. So werden jedes Jahr ca. 60 Einleitungen aus der städtischen Regenwasserkanalisation sowie ca. 20 gewerbliche und ca. 25 private Einleitungen durch die Untere Wasserbehörde im Umweltamt geprüft und genehmigt.

Regenwasser aus Industriegebieten oder von stark befahrenen Straßen ist vorzubehandeln, denn hier werden über die Straßenabläufe viele Schadstoffe, Schwermetalle und Kohlenwasserstoffe ins Gewässer eingetragen.

Für zahlreiche Straßenabschnitte ist dieses Problem noch nicht gelöst. Gemeinsam mit dem Amt für Verkehr erprobt das Umweltamt Ansätze, bei denen in den Gullis sogenannte Nassschlammsenken zum Einsatz kommen. Das Regenwasser aus typischen Wohngebieten enthält dagegen regelmäßig deutlich weniger Schadstoffe und bedarf daher häufig keiner Vorbehandlung.

Neben den Inhaltsstoffen von Einleitungen spielt auch die Einleitungsmenge eine große Rolle. Die stoßweise Belastung von relativ kleinen Fließgewässern durch große Wassermengen führt zu einer massiven Erosion im Gewässer und zu einer deutlichen Verarmung der natürlichen Lebensgemeinschaften. Deshalb müssen oft vor der Einleitung platzierte Rückhaltebecken angeordnet werden. Ist dies z. B. wegen fehlender Flächen nicht möglich, hat durch Maßnahmen im oder am Gewässer ein Ausgleich der Wasserführung zu erfolgen. Das Umweltamt beauftragt, prüft und realisiert die entsprechenden Planungen. Bei geeigneten Bodenverhältnissen und niedrigem Grundwasserstand ist das Versickern von Niederschlagswasser möglich und den gewässerbelastenden Einleitungen vorzuziehen. Insbesondere auf den sandigen Böden im Bielefelder Süden ist dies der Fall. Steht wenig Fläche zur Versickerung zur Verfügung oder sind die Versickerungsbedingungen nicht optimal, können technische Anlagen (z. B. Rigolen) erforderlich werden. Das Umweltamt erteilt als Untere Wasserbehörde im Jahr ca. 50 entsprechende Genehmigungen.

Kleinkläranlagen belasten Gewässer relativ mehr als moderne Großklärwerke. Von den ca. 1.200 noch im Jahr 1999 privat betriebenen Anlagen – in der Regel Drei-Kammer-Gruben – ist die Anzahl auf 136 technisch überwiegend hochwertige Anlagen gesunken. Das Umweltamt genehmigt und überwacht die Anlagen und organisiert die Abfuhr der Restschlämme.

Das insgesamt ca. 580 km lange Bielefelder Gewässernetz wird von 340.000 Menschen „bedrängt", die hier mit der entsprechend notwendigen Infrastruktur – einem dichten Straßennetz mit Brücken und Rohrdurchlässen, kreuzenden Abwasser-, Trinkwasser- und Gasleitungen, Telefon- und Glasfaserkabeln für schnelles Internet etc. – leben. Bei allen **Baumaßnahmen**, die einen Bach oder seine Ufer betreffen, ist das Umweltamt zu beteiligen. Es geht darum, Beeinträchtigungen des Wasserabflusses, der Ökologie und des Hochwasserschutzes zu vermeiden oder zumindest zu minimieren. Pro Jahr müssen allein für Leitungsverlegungen etwa 60 Verfahren bearbeitet werden. Die Tendenz ist steigend.

Die Bezirksregierung Detmold hat entlang der sieben größeren Gewässer in Bielefeld (z. B. Johannisbach, Lutter, Trüggelbach und Reiherbach) **Überschwemmungsgebiete** ausgewiesen. Dies sind tiefer liegende Gebiete, in denen sich über die Ufer tretendes Wasser natürlicherweise sammelt. Die Errichtung von baulichen Anlagen, die den Hochwasserabfluss einschränken, ist hier verboten. Ausnahmen bedürfen einer wasserrechtlichen Erlaubnis durch das Umweltamt. In diesem Rahmen werden bei den etwa zehn Anträgen pro Jahr auch Ausgleichsmaßnahmen wie die Schaffung von Rückhaltevolumen geprüft. Die Überschwemmungsgebiete sind unter www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/umwa/ulas/uawas/ einsehbar.

An 174 Probestellen wird jedes Jahr die biologische und chemische **Qualität der Bielefelder Bachläufe** untersucht. Das Ziel einer zumindest nur mäßigen Belastung (Gewässergüteklasse II) wurde 2018 an 72 % der Probestellen erreicht. Kein schlechtes Ergebnis, aber es bleibt auch in Zukunft noch viel zu tun.

KAPITEL 07

Wir regeln die Nutzung des Grundwassers und überwachen die Qualität

Geschützter Trinkwasserbrunnen

Grundwasser sieht man nicht. Weil sich dieser Teil des Wasserkreislaufes unter der Erdoberfläche abspielt, können sich viele Menschen wenig Konkretes darunter vorstellen – einige Zahlen für Bielefeld schaffen da schnell Abhilfe.

Auf das Bielefelder Stadtgebiet regnen im langjährigen Mittel etwa 200 Mio. m³ Wasser pro Jahr. Rund 30 % davon, also ca. 60 Mio. m³, werden durch Versickerung zu Grundwasser. Davon wird wiederum gut ein Viertel, also 16 Mio. m³, genutzt, davon 6 Mio. m³ als Trinkwasser für ca. 110.000 Menschen. 8 Mio. m³ nutzen Industrie- und Gewerbebetriebe. Dazu gehören auch zwei Betriebe, die Bielefelder Mineralwasser abfüllen. Die restlichen 2 Mio. m³ werden gefördert, um sie in Aufbereitungsanlagen von Schadstoffen zu reinigen.

Die ergiebigsten Grundwasservorkommen gibt es im Bielefelder Süden. Die eiszeitlichen Sande sind ein guter Speicher, der bis in 50 m Tiefe reicht und teilweise durch trennende Schutzschichten aus Geschiebemergel in mehrere wasserführende Horizonte gegliedert ist.

Die wesentlichen Aufgaben des Umweltamtes im Bereich „Grundwasser" sind:

- Aufbau und Auswertung eines Messstellennetzes zur Kontrolle der Grundwasserqualität und -quantität
- Überwachung der Wasserschutzgebiete für die Trinkwasserversorgung
- Kontrolle von Betrieben, die mit wassergefährdenden Stoffen umgehen
- Veranlassung von Maßnahmen zur Sanierung von Grundwasserschäden
- Genehmigung der Grundwasserentnahme und der Versickerung von Oberflächenwasser

Das übergeordnete Ziel ist immer, die Qualität des Grundwassers auch für künftige Generationen als lebensnotwendiges Trinkwasserreservoir zu sichern.

Ein Problem stellen allerdings Grundwasserschadensfälle dar. Zurzeit sind 43 relevante Fälle dieser Art bekannt. Sie sind durch den unsachgemäßen Umgang mit Chemikalien wie Chlorkohlenwasserstoffen (CKW) oder Treibstoffen entstanden. Die Ermittlung der Verursacher und deren finanzielle Einbindung in eine möglicherweise langfristige Sanierung gestalten sich häufig schwierig und dauern mitunter über Jahrzehnte an.

Beispiele:

Schaden Lutteraue: Seit 1994, ca. 10 t CKW und andere Stoffe entfernt.
Schaden Brackwede: Seit 1987, ca. 20 t CKW und andere Stoffe entfernt.

Die Sanierung von Grundwasserschäden erfolgt in der Regel durch eine Bodenluftabsaugung der leichtflüchtigen Stoffe. Parallel wird belastetes Grundwasser gefördert, in einem Reaktor verdüst und dann durch Aktivkohle gefiltert. Doch Vorsicht: Schadstoffe breiten sich mit dem Grundwasser aus, das pro Jahr 100 m bis mehrere Kilometer fließt. Das Umweltamt muss mit gutachterlicher Unterstützung klären, wo die Sanierungsbrunnen und die Kontroll-Messstellen am besten zu platzieren sind. Auch die zahlreichen Altablagerungen und Altstandorte – in der Summe sind das etwa 1.000 – bergen teilweise ein Grundwassergefährdungspotenzial.

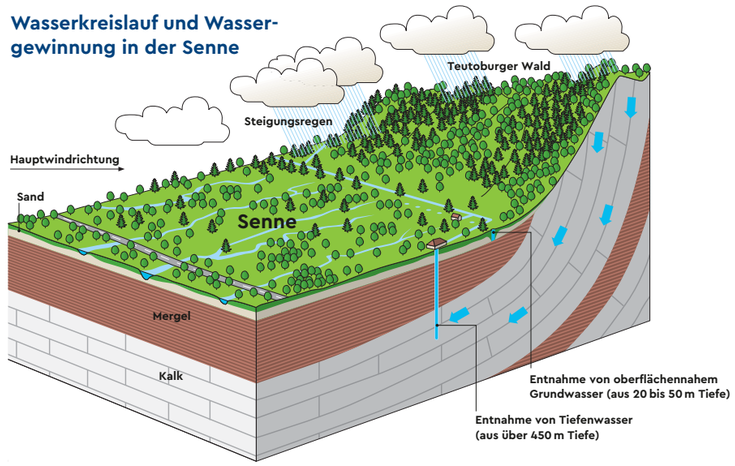
Zahlreiche Bohrungen erschließen das Grundwasser

Geothermiesonden	**1.200**
Grundwassermessstellen	**2.100**
Private Brunnen	**3.200**
davon Trinkwasserbrunnen	**1.700**

Schadstoff-Aufbereitungsanlage in der Windflöte

Die Beeinträchtigung des Grundwassers durch landwirtschaftliche Düngung und der Einsatz von Pflanzenbehandlungsmitteln ist eine weitere Herausforderung. Das Umweltamt hat hier allerdings nur eingeschränkte Handlungsoptionen. Der Gesetzgeber regelt die Zulässigkeit und die erlaubten Dosierungen, die Landwirtschaftskammer berät und kontrolliert.

Wasserkreislauf und Wassergewinnung in der Senne



KAPITEL 08

Wir sichern alte Deponien und führen belastete Gewerbestandorte einer neuen Nutzung zu

Das Umweltamt verfügt im Handling von Deponien und Altlasten über eine hohe Kompetenz. Kein Wunder, nachdem die Stadt Bielefeld bereits ab 1983 alle Kräfte aufwenden musste, um die Sicherung und Sanierung der Industriemülldeponie Brake zu gewährleisten. Damals war eine Neubausiedlung mit 25 Häusern abzutragen, die Kosten für die Schadensbeseitigung beliefen sich auf 42,5 Mio. DM. In der Folge wurde 1985 das Wasserschutzamt gegründet, das 1999 in das neue Umweltamt einging.

Heute verfügt das Umweltamt über ein fast lückenloses Altlastenkataster mit ca. 1.000 Eintragungen. Etwa 300 Stellungnahmen werden jährlich für das Bauamt und andere Vorhabenträger geschrieben. Die Altlastenauskunft für jedermann wird etwa 250-mal pro Jahr in Anspruch genommen.

Spektakuläre Schadensfälle hat es nach dem Fall Brake nicht mehr gegeben, wohl aber Sanierungsmaßnahmen von beachtlicher Größenordnung: Zur Abdeckung der Deponie Galgenheide wurde in den 90er-Jahren Abraum des Tunnels für die Stadtbahnlinie 4 verwendet – und dabei über ein ca. 200 m langes Förderband transportiert. In Jöllenbeck waren von 2000 bis 2004 erhebliche ordnungsrechtliche Anstrengungen notwendig, um den Betreiber einer 16 ha großen Deponie für Boden und Bauschutt in die Pflicht zu nehmen. In der Zeit von 1999 bis 2012 hat das Umweltamt elf mit Kieselrot – einer dioxinhaltigen roten Schlacke aus der Kupferherstellung – belastete Sportplätze saniert.

Aktuell steht die Deponie an der Christophorus Straße in Stieghorst bis 2021 zur Sanierung an.

Auch hierfür müssen ca. 45.000 m³ Boden transportiert werden. Hinzu kommt eine Sanierung der schadhaften Verrohrung des Forellenbaches. Dieses Projekt ist mit 1,1 Mio. € veranschlagt.

Durchschnittlich ist das Umweltamt jährlich an der Sanierung von ca. 7 ha belasteter Industrieflächen beteiligt. So leistet es einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zum Flächenrecycling. Gute Beispiele sind die Firmengelände von Droop+Rein (2002) und der Ravensberger Eisenhütte (2016) oder das ehemalige Firmengelände Lohmann-Werke und heutige Wohngebiet an der Königsbrügge. Fast schon ungeduldig wird die Entwicklung des 10 ha großen ehemaligen Containerbahnhofs in bester Innenstadtlage erwartet. Schwermetalle und Mineralöl-Kohlenwasserstoffe sind im Hinblick auf künftige Nutzungen des Geländes zu bewerten, zu entsorgen und zu sichern.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Nachsorge für ehemalige Hausmülldeponien. Über mehrere Jahrzehnte muss hier die Reinigung des Sickerwassers, die Kontrolle der Entgasung, die Überwachung des Grundwassers und die Pflege der technischen und nicht technischen Anlagen gewährleistet sein. Ein besonderer Erfolg ist die Bestückung der Anlagen Beukenhorst, Belzen und Speelbrink sowie einer privaten Deponie mit Solarmodulen. Seit 2013 können so rechnerisch ca. 2.450 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgt werden. Die Anlagen werden privat betrieben.

Ein Industriestandort wird abgetragen und neu genutzt

Das Bodenmanagement ist ein Tätigkeitsbereich des Umweltamtes, der aktuell deutlich an Bedeutung gewinnt. Seitdem die Baustellen der A33 keinen Bodenbedarf mehr haben, der Deponieraum in Bielefeld fast erschöpft ist und die Baukonjunktur boomt, steigen die Kosten für die Beseitigung von Boden deutlich. Von 2010 bis 2012 hat das Umweltamt in Eigenregie eine Bodendeponie an der Talbrückenstraße betrieben. Etwa 425.000 m³ Aushubboden von den Neubauten auf dem Universitätsgelände wurden hier in kurzer Zeit eingelagert. Für das Projekt Campus-Erweiterung war diese Unterstützung von großer Bedeutung. Für die Stadt wurde in schweren Zeiten eine Haushaltsentlastung von ca. 1 Mio. € erwirtschaftet. Die ca. 15 ha große Fläche an der Talbrückenstraße dient heute der Heugewinnung, der Bewahrung der Artenvielfalt und der Naherholung der Braker Bevölkerung.

Die Tonabgrabung der Firma Stork in Jöllenbeck ist künftig die einzige Bodendeponie von Bedeutung. Das Umweltamt hat im Jahr 2000 die erste Genehmigung für eine Abgrabung und Wiederverfüllung erteilt. Ein Folgeantrag ist in Bearbeitung. Wird diesem stattgegeben, stehen bis ca. 2030 etwas 1,4 Mio. m³ Ablagerungsvolumen zur Verfügung. Derzeit sind in Bielefeld gut 100.000 m³ Boden pro Jahr zu entsorgen. Eine Rechnung, die aufgeht!

Bodenmanagement auf der Deponie Talbrückenstraße

KAPITEL 09

Wir beraten und überwachen Betriebe nach den Vorgaben des Umweltrechts

Fast in jedem gewerblichen Betrieb – auch in der Landwirtschaft – können beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen Gefahren für die Umwelt entstehen. Als kontrollierende Instanz verwaltet das Umweltamt umfassende Daten über insgesamt ca. 2.400 Betriebe mit etwa 13.000 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.

Doch was bedeutet in diesem Zusammenhang der Begriff „Umgang"? Unter ihm versteht man das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden wassergefährdender Stoffe. Die Bandbreite dieser Stoffe ist – von Säuren und Laugen über Heizöl, Kraftstoffen und Farben bis zu Pflanzenschutzmitteln und Abfällen – nahezu unbegrenzt. Ebenso vielfältig ist die Art der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Dazu gehört der private Heizölbehälter, das Lack- und Schmiermittellager einer Kfz-Werkstatt, die Tankstelle mit Lager und Zapfsäulen, der Abfüll- und Umschlagplatz auf dem Betriebsgelände (oft mit nachgelagertem Fass- und Gebindelager), die Produktionsanlage z. B. als Galvanik oder die Hydraulikanlage eines Aufzuges. In landwirtschaftlichen Betrieben kommen sogenannte JGS-Anlagen hinzu, in denen **J**auche, **G**ülle oder **S**ilage gelagert werden. Vereinzelt sind auch Biogas-Anlagen vorhanden.

Speziell entwickelte Biofilmsammler für den Schmutzwasserkanal. Der hier aufwachsende Biofilm (Sielhaut) wird entnommen und auf Schadstoffe untersucht.

Die Betreiber dieser Anlagen müssen die technischen Vorschriften und Auflagen einhalten und dürfen keine Schadstoffe in die Umwelt gelangen lassen.

Die vielen Grundwasserschäden und Bodenverunreinigungen, die heute zu beklagen sind, sind z. T. auf mangelhaftes Umweltbewusstsein und die Vernachlässigung der Betreiberpflichten – vor allem im vergangenen Jahrhundert – zurückzuführen.

Falsch und richtig: wie wassergefährdende Stoffe gelagert werden müssen

Der vorbeugende Gewässerschutz ist eine zentrale Aufgabe des Umweltamtes. Dazu gehört die jährliche Überwachung von etwa 200 Anlagen durch eine Kontrolle vor Ort oder durch schriftliche Erklärungen der Betreiber. Die Sicherheit in Wasserschutzgebieten besitzt dabei einen hohen Stellenwert. Für die wiederkehrend prüfpflichtigen Anlagen übernehmen externe Sachverständige die Kontrollen und legen dem Umweltamt etwa 1.000 Prüfberichte pro Jahr vor. Bei Bedarf müssen Mängelbeseitigungen über das Ordnungsrecht durchgesetzt werden – wenn nötig mit Sanktionen. Auch bei Baugenehmigungen und Eignungsfeststellungen ist auf technische und rechtliche Konformität zu achten, um Schäden an Boden und Wasser auszuschließen. Sehr wichtig ist zudem, die Betreiber auf ihre generell hohe Verantwortung hinzuweisen, denn das Umweltamt kann und soll – auch aus personellen Gründen – keine engmaschig vorbeugende Überwachung aller Anlagen leisten.

Die EU hat mit der Industrieemissionsrichtlinie (IED) eine zusätzliche Regelung für eine medienübergreifende Überwachung erlassen. Bei den sogenannten Umweltinspektionen vor Ort überprüft das Umweltamt, ob die Auflagen zum Genehmigungsbescheid fachbehördenübergreifend (Luft, Wasser, Boden Abfall) umgesetzt und eingehalten werden. Insgesamt sind 51 genehmigungspflichtige Anlagen hierfür vorgesehen. Die Ergebnisse der Umweltinspektionen werden auf der städtischen Website www.bielefeld.de veröffentlicht.

Die Zuständigkeit für Genehmigungen von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz ist dem Umweltamt im Jahr 2008 weitgehend übertragen worden. Seitdem hat es 54 Bescheide erstellt. Zu den bewilligten größeren Projekten gehören die Windenergieanlagen in Eckardtsheim und das Blockheizkraftwerk der Stadtwerke Bielefeld in der Meisenstraße.

Das Abwasser gewerblicher Betriebe ist nach den Vorgaben der städtischen Satzung und nach den Vorschriften des Wasserrechts zu reinigen, bevor es in die Kanalisation eingeleitet werden darf. Stoffe, die die Leistung der Klärwerke beeinträchtigen oder die Umwelt oder das Personal gefährden können, sind mit Grenzwerten belegt. In diesem Kontext führt das Umweltamt Betriebskontrollen durch und nimmt dabei etwa 300 Abwasserproben pro Jahr. Aus dem Biofilm, der im Kanal wächst, werden jährlich ca. 350 Proben gezogen. Rückstände von Schwermetallen lassen sich hierin über einen längeren Zeitraum nachweisen.

Bei aller notwendigen Kontrolle und Überwachung hat sich die Zusammenarbeit des Umweltamtes mit den Betrieben in den letzten 20 Jahren positiv entwickelt. Insbesondere die Beratung der Betriebe bei anstehenden Sanierungen oder bei der Planung von neuen Anlagen wird überwiegend positiv bewertet.

KAPITEL 10

Wir beraten und helfen bei Umwelt- und Gesundheitsfragen

Laubbläser

Rasenmäher

Das Bürgerservice Center nimmt unter der 51-0 Fragen, Beschwerden und Hinweise entgegen. Bei komplexen Sachverhalten oder Schadensereignissen helfen darüber hinaus die Mitarbeiter/-innen des Umweltamtes gern weiter.

So liegt etwa der anlagenbezogene Immissionsschutz in der Zuständigkeit des Umweltamtes, seit sie 2008 von der Bezirksregierung Detmold hierher verlagert wurde. Diese Entscheidung brachte mehr Bürgernähe durch schnellere Reaktionszeiten. Heute werden in diesem Kontext jährlich ca. 500 Anfragen und Beschwerden an das Umweltamt gerichtet und dort bearbeitet. Staub und Lärm von Baustellen ist dabei ein Schwerpunkt. Sehr intensiv hat das Umweltamt z. B. die Abbrüche der Bunkeranlagen an der Neustädter Straße und an der Ernst-Rein-Straße, die Entstehung des Einkaufszentrums LOOM und die Sanierung von drei Bundesbahnbrücken begleitet.

Baustelle

Maschinenlärm nach der 32. Verordnung des Bundesimmissionsschutzgesetzes ist ein weiterer Schwerpunkt der eingehenden Anfragen.

Vor allem die Geräusche von Laubbläsern, Rasenmähern und Häckslern führen häufig zu Beschwerden.

Ein dazu entwickelter Flyer ist unter dem Stichwort „Rasenmäher und Co." auf der städtischen Website www.bielefeld.de zu finden und beinhaltet wertvolle Informationen zu diesem „Streitthema".

Allerdings ist nur etwa jede zweite Eingabe über eine vermeintliche Belästigung rechtlich relevant und führt zu Konsequenzen. Oft fehlen die rechtlichen Voraussetzungen oder der Ärger verstellt den Blick auf eine objektive Bewertung. Ein Telefongespräch mit dem Umweltamt sorgt dann schon häufig für mehr Klarheit. Oft erledigt sich das Problem auch, wenn man einfach mit dem Lärmverursacher spricht. Schließlich ist Rücksichtnahme immer noch die beste Lösung.

Trotzdem ist Lärm nicht immer vermeidbar und gehört zum Leben in der Stadt. In manchen Fällen muss er erlaubt werden. Deshalb erteilt das Umweltamt z. B. – nach den rechtlichen Vorgaben – Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten in den späten Abend- oder Nachtstunden. Jährlich kommen da etwa 90 Ausnahmegenehmigungen für Baustellen, z. B. bei zeitlich drängenden Gleisbauarbeiten, und ca. 30 Ausnahmegenehmigungen für Musikveranstaltungen und Feste zusammen.

Auch Innenraumschadstoffe wie Asbest oder Schimmel sind ein wichtiges Thema, bei dem die Stadt Bielefeld das Expertenwissen im Umweltamt nutzt. Sie sind allerdings in erster Linie für Gebäude der Stadt wie Schulen, Kitas und Verwaltungen zuständig. In etwa 95 Fällen pro Jahr gehen sie in Abstimmung mit dem Immobilienservicebetrieb Nutzerbeschwerden und Hinweisen nach.

Hautflügler, zu denen Wespen, Hornissen und Hummeln gehören, beschäftigen das Umweltamt von Mai bis Oktober. Da sich viele Menschen im Umgang mit diesen Tieren und ihren Nestern unsicher fühlen, können bis zu 1.000 Beratungen pro Saison notwendig werden – so geschehen im Jahr 2018. Diese umfangreiche Aufgabe kann das Umweltamt nur mit erheblicher Unterstützung von ca. zehn ehrenamtlichen Helfer/-innen leisten. Diese wissen selbstverständlich, dass die Hautflügler für unsere Ökosysteme wichtig sind. Nur Wespennester dürfen daher in begründeten Fällen beseitigt werden. Wer sich intensiver mit diesem Thema befassen möchte, findet unter dem Stichwort „Artenvielfalt in der Stadt Bielefeld" auf der Website www.bieleld.de einen interessanten Flyer über Wespen.

Damit ist die Palette der Themenbereiche, zu denen das Umweltamt häufig kontaktiert wird, natürlich längst noch nicht vollständig. Ob Altlastenauskünfte, Müll in der Landschaft oder Auffälligkeiten an Gewässern – das Umweltamt kümmert sich um zahlreiche Fragestellungen.

KAPITEL 11

Wir arbeiten für Lärmminderung und Luftreinhaltung

Lärm ist man in vielen Lebensbereichen ausgesetzt – unfreiwillig oder selbst gewählt. Das Umweltamt kümmert sich um den sogenannten „Umgebungslärm". Hierbei handelt es sich um belästigende oder gesundheitsschädliche Geräusche im Freien. Der Straßenverkehr und der Schienenverkehr sind die relevantesten Quellen.

Wenn der Lärmpegel zu hoch ist, löst er Stress aus. Dadurch verändern sich Blutdruck, Herzfrequenz und Kreislauf. Langfristig kann das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Belastungen größer 65 dB(A) am Gesamttag (24-Stunden-Mittelwert) und bei größer 55 dB(A) während der Nacht (8-Stunden-Mittelwert) steigen. In Bielefeld betrifft dies gesamttags 7 % und nachts 6 % der Einwohner/-innen. Betrachtet man auch niedrigere, nur belästigend wirkende Lärmwerte, sind ca. 27 % der Menschen und die Hälfte des Stadtgebietes betroffen.

Alle fünf Jahre beauftragt das Umweltamt eine Lärmkartierung und die Analyse der Belastungssituation in der Stadt. Darauf aufbauend wird im gleichen Turnus ein Lärmaktionsplan erstellt bzw. fortgeschrieben. In dem Plan werden Strategien und Maßnahmen aufgezeigt, wie und wo es in Bielefeld leiser werden soll.

Die aktuelle Kartierung für die insgesamt dritte Fortschreibung ist von 2017. Es zeigt sich, dass die Zahl der Betroffenen leider wächst. Dies liegt am Einwohner- und Pkw-Zuwachs, an der geringen Anzahl von Elektro-Fahrzeugen und an fehlenden finanziellen Mitteln. Schließlich stellen die gesundheitsrelevanten Lärmwerte keine einklagbaren Grenzwerte dar.

Die folgenden beispielhaften Maßnahmen zur Lärmminderung sind in den letzten Jahren umgesetzt worden:

- Etwa 6.000 Einwohner/-innen konnten mithilfe eines städtischen Förderprogramms (1991 bis 2011) und im Zuge der Lärmvorsorge (bis 2018) Fenster und Türen mit einer hohen Schallschutzklasse einbauen.
- Lärmmindernde Straßenbeläge setzt das Amt für Verkehr seit 2009 beim Straßenneubau und bei der Sanierung belasteter Straßenabschnitte ein. An etwa 22 Straßenabschnitten mit insgesamt 26 km Länge ist bis 2018 eine leisere Fahrbahnoberfläche aufgebracht worden.
- Etwa 18 Kreisverkehre wurden in Straßenabschnitten, die zur Baulast der Stadt Bielefeld gehören, errichtet.
- Temporeduzierungen senken – vor allem nachts – den Lärmpegel.
- Rund vier Kilometer Lärmschutzwand sind in 2018/2019 an der Bahnstrecke in Brake und Schildesche entstanden. Zusätzlich kann für 400 Wohnungen z. B. zum Austausch der Fenster ein Zuschuss von 75 % beantragt werden. Bis 2024 plant die Bahn ähnliche Programme für Mitte und Brackwede.
- In Beteiligungsverfahren gibt das Umweltamt lärmtechnische Hinweise zur Lage der Gebäude, zur Ausrichtung der Wohn- und Schlafräume und zur Optimierung von Fassaden.

Im Hinblick auf die Luftreinhaltung ist vorauszuschicken, dass das Messstellennetz, bestehend aus drei Messcontainern und zwei sogenannten Passivsammlern, vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW betrieben und ausgewertet wird. Das Umweltamt ist die kommunale Anlaufstelle für andere Behörden, die Öffentlichkeit und die Politik. Die Bezirksregierung setzte 2014 einen Luftreinhalteplan für Bielefeld in Kraft. Ende 2019 folgt der zweite Plan. Seit 2010 wird der Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft, zunächst an der Stapenhorststraße, später auch am Jahnplatz nicht eingehalten. Mittlerweile wird der Grenzwert an der Stapenhorststraße eingehalten. Mit 41 Mikrogramm ist die Überschreitung am Jahnplatz inzwischen aber sehr gering, was den Verkehrsumlenkungen zu verdanken ist, die seit August 2018 zu einem etwa 35 % geringeren Verkehrsaufkommen führen. Nach der Prognose des neuen Plans werden die Grenzwerte in Bielefeld ab 2020 eingehalten.

Das Umweltamt schreibt Stellungnahmen zur Luftqualität, insbesondere in Verfahren zur Aufstellung neuer Bebauungspläne. Dabei ist darauf zu achten,

- dass eine möglichst gute Durchlüftung der neuen Baugebiete gewährleistet bleibt, damit Schadstoffe schnell abtransportiert werden können – besonders in Straßenschluchten,
- dass die Wohn- und Schlafräume der neu entstehenden Gebäude bei erhöhter Luftbelastung von der Belastungsquelle abgewandt ausgerichtet sind,
- dass ein guter Anschluss an den ÖPNV gewährleistet wird.

Dauerhafte Lärm- und Luftbelastungen verkürzen die Lebenszeit, besonders in Städten. Dies sollte bei allen Gewöhnungseffekten nicht vergessen werden.

1

2

1 Luft-Messstation für den ‚Städtischen Hintergrund' am Ravensberger Park

2 Luft-Messstation für einen Belastungsschwerpunkt am Jahnplatz

KAPITEL 12

Wir engagieren uns für die Umsetzung des Handlungsprogramms Klimaschutz

→
Solaranlage auf der Deponie Speelbrink in Jöllenbeck mit 9920 Solarmodule und einer Leistung von 2400 KW (PEAK)
←
Das Thermografiebild eines Gebäudes zeigt Schwachstellen der Dämmung

Der CO_2-Gehalt in der Atmosphäre betrug bis zur Industrialisierung im 18. Jahrhundert ca. 280 ppm (parts per million). Von 1965 bis heute ist er von 320 ppm auf 403 ppm gestiegen – Tendenz weiter steigend. Mit dem CO_2 steigt die Temperatur, das Klima verändert sich und bedroht die Menschen weltweit. Besonders die Städte und Ballungsgebiete sind nun gefordert, die sogenannten Treibhausgase zu reduzieren, den Strom- und Wärmeverbrauch nachhaltiger zu gestalten sowie effiziente Mobilitätslösungen zu entwickeln.

1996 wurde in Bielefeld die Stelle eines Klimaschutzbeauftragen eingerichtet. Zwölf Jahre später startete eine Klimakampagne des Umweltamtes mit dem Ziel, das erste vom Rat beschlossene „Handlungsprogramm Klimaschutz 2008 bis 2020" bekannt zu machen und das öffentliche Bewusstsein für die Klimaproblematik zu fördern. Heute arbeiten vier Personen im Klimateam des Umweltamtes. Ihre Aktivitäten sind geprägt von der Zusammenarbeit mit vielen unterschiedlichen Akteuren und Organisationen – wie z. B. den Stadtwerken und der Verbraucherberatung – oder Initiativen wie Transition Town. Insgesamt ist der Klimaschutz aber für alle Verwaltungseinheiten zu einem wichtigen Aufgabenfeld geworden. Dies zeigen Beispiele wie die Gebäudesanierungen des Immobilienbetriebes, die Fuhrparkoptimierungen des Umweltbetriebes oder die Verkehrswende als Herausforderung für das Bau- und Verkehrsdezernat.

Wie das Umweltamt bislang an der Klimaschutzarbeit der Stadt Bielefeld beteiligt war und ist, zeigen die folgenden beispielhaften Aktionen und Projekte, die es in den letzten 20 Jahren auf den Weg gebracht hat:

- Der Solaratlas. Er zeigt, welche Dächer in Bielefeld besonders ertragreich sind (ab 2012)
- Umweltmanagementprogramm „ÖKOPROFIT" und ÖKOPROFIT-Club OWL, Energie sparen im Betrieb (seit 2002, bisher 120 Betriebe)
- EEA-Energiesparmanagement der Stadtverwaltung (EEA-Gold-Auszeichnung seit 2014)
- Energie sparen macht Schule. Angebote für Kinder und Jugendliche (seit über 20 Jahren)
- ALTBAUNEU. Ein Internetportal mit vielen Informationen und Bielefelder Adressen (seit 2018)
- Stadtradeln in Bielefeld. Ein Signal für Klimaschutz und Verkehrswende, gut für die Gesundheit (seit 2012)
- Ernährungsrat für Bielefeld. Eine politische Initiative, die das Umweltamt bis zur Gründung des Rates brachte und weiterhin auch unterstützt (2018)
- Klimagesunde Küche. Aktionen und Auszeichnungen bewerben fleischarme, regionale und saisonale Kost (seit 2010)
- Mit Thermografie Schwachstellen des Wärmeschutzes der Häuser erkennen (Winteraktion seit 1999, bisher über 2.000 Teilnehmende)

Die Stadt Bielefeld orientiert sich an den Klimazielen der Bundesregierung.

Gegenüber 1990 wurde bisher eine CO_2-Reduzierung von ca. 35 % erreicht und die Versorgung mit erneuerbaren Energien umfasst gegenwärtig einen Anteil von ca. 22 %. Für die Umsetzung der Ziele bis 2020 sieht es entsprechend gut aus. Das vom Umweltamt koordinierte und mitgestaltete zweite Handlungsprogramm von 2018 mit dem Zielhorizont 2050 sieht eine CO_2-Reduktion um 80 bis 95 % und die Verwendung von 80 % erneuerbarer Energie vor. Um auch diese Ziele erreichen zu können, sind vielerlei Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern zu planen und umzusetzen:

- **Erneuerbare Energien**
- **Nah- und Fernwärme Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**
- **Mobilität**
- **Energieeffiziente Gebäude und Quartiere**
- **Nachhaltiges Wirtschaften**
- **Regionale Handelsstrukturen**
- **Konsum und Ernährung**
- **Klimawandel und Gesundheit**
- **Klimabewusstsein und Transfer**

Der kommunale Klimaschutz ist in Bielefeld gut aufgestellt. Doch es gibt noch Luft nach oben. Spätestens der Sonderbericht 2019 des Weltklimarates ICPP macht deutlich: Die bisherigen Anstrengungen werden aus heutiger Sicht nicht für die notwendige Begrenzung der Erderwärmung genügen. Das hat drei wesentliche Gründe:

1.) Es gibt keine schlüssigen Konzepte, wie man aus den fossilen Energieträgern aussteigen kann.
2.) Die Verkehrswende zeigt noch keine Wirkung. Die Pkw-Zulassungszahlen steigen.
3.) Der Ressourcenverbrauch, festzumachen am Abfallaufkommen, ist nicht nachhaltig. So beträgt etwa die Recyclingquote von Plastik in Deutschland nur ca. 16 % (Plastikatlas der Heinrich-Böll-Stiftung 2019).

Der Rat der Stadt Bielefeld hat am 11. Juli 2019 den „Klimanotstand" ausgerufen. Die Folgerungen werden auch die Arbeit des Umweltamtes beeinflussen.

KAPITEL 13

Wir initiieren und unterstützen Netzwerke zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

← Gründungsfoto des Ernährungsrates 2018
↓ Veranstaltung zur Energiewende in der Stadthalle 2012

Unter Netzwerken versteht man den Aufbau und die Pflege eines miteinander verbundenen Systems – eines Netzwerkes – von Kontakten. Ziel des Netzwerkens ist u. a. die Erstellung von starken Kooperationen. Im **Umwelt- und Klimaschutz** ist dies von besonderer Bedeutung, geht es doch letztlich darum, die Bedingungen für ein gutes Leben auf unserem Planeten zu erhalten.

Wenn sich der hauptamtliche Umweltschutz mit dem Ehrenamt, der Initiative und dem Engagement Einzelner, verbindet, fördert dies den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stärkt den praktischen Umweltschutz. Für dieses Zusammenwirken gibt es in Bielefeld zahlreiche Beispiele:

Das Umweltamt fördert seit 2010 das „Netzwerk Klimaschutz". Mindestens zweimal pro Jahr treffen sich Vereine, Institutionen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen zum Austausch. Das Netzwerk wirkte u. a. an der Erstellung des 2018 vom Rat verabschiedeten „Handlungsprogramms Klimaschutz" mit.

Auch im Verbund der Aktiven in OWL bringt sich das Umweltamt ein und beteiligte sich z. B. an der „Klimaschutzkampagne OWL" mit dem Aktionstag „Die Sonne macht mobil" im Mai 2019. In der Kampagne engagieren sich seit Anfang 2019 mehr als 60 Kommunen und Kreise aus OWL.
Im November 2018 gründete eine Vielzahl engagierter Initiativen und Einzelpersonen den Ernährungsrat Bielefeld. Sein Ziel: Gesunde und klimagerechte Ernährung für alle! Das Umweltamt unterstützt die Initiatoren organisatorisch, soweit möglich finanziell und bei der Einwerbung von Fördermitteln. Aktuell sind insbesondere die Arbeitsgruppen „Bildung", „Öffentlichkeitsarbeit" und „Stärkung der Region" aktiv. Themenschwerpunkte sind das Schulessen und die Lebensmittelverschwendung.

Bielefeld ist seit 2013 Fair-Trade-Stadt.

Die Vorbereitung und Antragstellung sowie die Vernetzung der Aktiven organisierte das Umweltamt. Über 200 Partner/-innen aus Handel, Gastronomie, Schulen, Kirchengemeinden und Initiativen beteiligen sich, indem sie fair gehandelte Produkte anbieten oder über solche informieren.

Von 2016 bis 2019 arbeitete das Umweltamt im Verbundforschungsprojekt „KlimaNetze" der RWTH Aachen University mit. Zum Auftakt-Workshop kamen mehr als 120 klimaaktive Menschen. In zwei Reallaboren wurde untersucht, wie das Zusammenwirken von Akteuren im und für den Klimaschutz verbessert werden kann. Über die Folgerungen für Bielefeld wird weiter diskutiert. Ab 2020 wird in einem Folgeprojekt am Beispiel des Ernährungsrates an einer Plattform zur Stärkung des Engagements im Klimaschutz gearbeitet.

Ausgeprägte Bielefelder Netzwerke gibt es auch im **Naturschutz**. Hier sind es vor allem die Mitglieder der Vereine und Verbände wie BUND, NABU oder der Naturwissenschaftliche Verein, die in unterschiedlichen Arbeitsbeziehungen zum Umweltamt stehen. So besteht z. B. ein Austausch über naturpädagogische Angebote auf dem Schelphof und dem Hof Ramsbrock. Hier helfen die Ehrenamtlichen mit und bringen wertvolle Hinweise zu Flora und Fauna ein. Institutionalisiert ist die Zusammenarbeit des Umweltamtes mit dem Naturschutzbeirat, dem neben „Naturschützern" auch sogenannte „Naturnutzer" wie die Landwirtschaft angehören, und mit den 16 Naturschutzwächter/-innen, die dem Umweltamt ihre Beobachtungen mitteilen.

Schließlich darf auch beim Thema „Naturschutz" der hohe Stellenwert der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht unerwähnt bleiben. Der früh beginnende Dialog fördert das Verständnis und den Interessenausgleich. Mit dieser Zielsetzung führt das Umweltamt jährlich etwa sieben Veranstaltungen durch. Einige exemplarische Beispiele sind die Veranstaltungen zur Umgestaltung des Johannisbachs an der Stiftsmühle in Schildesche (2013), zur Entschlammung des Obersees mit Bau des Bypasses (2009), zum Biodiversitätsprojekt im Schlosshofgrünzug (2017/2018) oder zur Aufstellung der Lärmaktionspläne 2009, 2015 und 2020.

Wer sich engagieren möchte oder an konkreten Netzwerken interessiert ist, richtet gern eine E-Mail an: umweltamt@bielefeld.de

KAPITEL 14

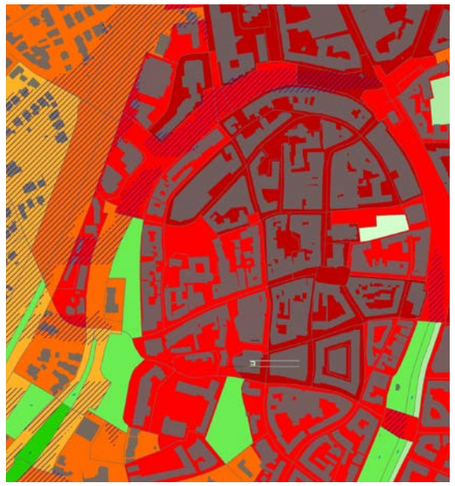
Wir kümmern uns um die Anpassung an den Klimawandel

Das Weltklima verändert sich unübersehbar. Auch wenn es gelänge, den CO_2-Ausstoß deutlich zu reduzieren, würde es viele Jahrzehnte dauern, bis sich ein neues Gleichgewicht einstellt. Die Treibhausgase bauen sich nur sehr langsam ab. Deshalb ist es wichtig, sich dem Klimawandel anzupassen, damit wir auch in Zukunft ohne gesundheitlich riskanten Hitzestress und und mit wenigen Überschwemmungsschäden gut in Bielefeld leben können.

→
Warme und kühle Flächen in Sommernächten

Bereits 1995 wurde eine Stadtklimaanalyse erstellt, die das Umweltamt in 2000 fortgeschrieben hat und für seine Stellungnahmen zur Bauleitplanung nutzte. Der heutige Stand von Wissenschaft und Erfahrung wird durch ein Klimaanpassungskonzept abgebildet, das im Herbst 2019 in den politischen Gremien der Stadt beraten wird. Neben den Klimafolgen Hitze und Dürre wird auch der Starkregen thematisiert.

Die Prognose – mit möglichen Abweichungen nach oben und unten – lautet kurz gefasst, dass die Jahresmitteltemperatur in Bielefeld im Zeitraum 2021 bis 2050 um etwa 1,2 °C steigen kann. Dies wäre verbunden mit neun zusätzlichen Sommertagen mit mehr als 25 °C und vier zusätzlichen Hitzetagen mit mehr als 30 °C. Die Frosttage mit Höchsttemperaturen von 0 °C würden sich nach der Prognose um 22 verringern. Zu den



Niederschlägen wird ausgeführt, dass sie sich in dem betrachteten Zeitraum moderat um ca. 48 mm pro Jahr erhöhen könnten. Entscheidender ist jedoch, dass die Tage mit Niederschlägen abnehmen werden. Es wird also längere Trockenperioden geben, dafür wird aber die Niederschlagsintensität steigen. Diese Beschreibung erinnert an die schon bekannten Wetterbeobachtungen der vergangenen Jahre und verdeutlicht den Ernst der Aufgabenstellung.

←
Überflutungen bei außergewöhnlichem Starkregen

↓
Ravensberger Straße / Ecke Mühlenstraße nach Starkregen

Was sind also die wesentlichen Handlungsmöglichkeiten, die den verantwortlichen Stellen zur Verfügung stehen?

Klimafolgen Hitze und Dürre: Aus stadtklimatischer Sicht sind manche Flächen für eine bauliche Entwicklung nicht geeignet, für andere sind Beschränkungen hinsichtlich der Baukörper und Auflagen für die Begrünung denkbar.

> **Besonders in der Innenstadt sollten die Grünflächen, der Baumbestand sowie die Fassaden- und Dachbegrünungen vermehrt werden, um Schatten und Hitzeausgleich zu schaffen.**

Die Bepflanzung kann so gewählt werden, dass sie trotz veränderter klimatischer Bedingungen gut wächst. Die Möglichkeiten zur Bewässerung der Bäume und Pflanzen in Trockenzeiten sollten technisch und durch Wasserbevorratung weiterentwickelt werden.

Klimafolge Starkregen: Der Rückhalt und die Versickerung von Regenwasser mit allen zur Verfügung stehenden Techniken charakterisiert die sogenannte „wassersensible Stadt". Dazu gehören Gründächer, wasserdurchlässige Beläge, Rigolen und Mulden, aber auch Retentionsflächen, die mehrere Nutzungsfunktionen haben können. Neues Kartenmaterial zeigt Wasserstände und Fließwege, die bei Starkregen im Stadtgebiet entstehen. So lassen sich Notwasserwege konzipieren und der Objektschutz, ob privat oder öffentlich, kann organisiert werden.

Besonderer Beachtung bedürfen die sensiblen Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, Stromversorgungsanlagen etc. Sie sind im Hinblick auf Gefahrenszenarien zu analysieren und zu schützen. Gut organisiert ist in Bielefeld bereits der Schutz von Schulen und Kindertagesstätten, die von hohen Außentemperaturen betroffen sind. Das Umweltamt untersucht die thermischen Bedingungen in den kritischen Hitzeperioden und entwickelt zusammen mit dem Immobilienservicebetrieb und dem Amt für Schule Lösungen zur Senkung der Innentemperatur.

Wie die Stadt Bielefeld das neue Klimaanpassungskonzept in das Verwaltungshandeln integriert, wird im Herbst 2019 politisch beraten und beschlossen.

Stadt Bielefeld
Umweltamt

August-Bebel-Straße 75 – 77
33602 Bielefeld

Impressum
Verantwortlich für den Inhalt: Martin Wörmann
Lektorat: Paul Kaltefleiter, Bielefeld
Gestaltung: deteringdesign, Bielefeld
Fotos und Grafiken: Bielefeld Marketing, deteringdesign, Jannis Drouyn, Hans-Peter Hölz, Lianna2013/Arne9001 (dreamstime), Claudia Quirini-Jürgens, Stadtwerke Bielefeld, Stadt Bielefeld Umweltamt u. a.
Bielefeld, August 2019